

Internationale Verpflichtungen sind nichts wert

Die Ukraine-Krise hat geopolitisch keine grösseren Umwälzungen nach sich gezogen. Aber gerade diese Folgenlosigkeit ist bedenklich. Sie zeigt, dass nationalistische Aggression heute auch in Europa wieder ohne gravierende Sanktionen möglich ist. Von Erich Reiter

Eine neue Sicherheitslandschaft ist in Europa trotz dem Ukraine-Konflikt noch nicht entstanden. Vieles ist wie früher: 1. Russland versucht, seine Einflussphäre zu erhalten und auszubauen. Zum russischen Politik-Instrumentarium gehören die Destabilisierung in «aufsässigen» Nachbarländern (Ukraine), das «Reiben» an den USA sowie der Versuch, Europäer und Amerikaner, aber auch Europäer untereinander zu entzweien. 2. Die EU bleibt weit davon entfernt, eine aussen- und sicherheitspolitische Gemeinschaft zu sein; die grösseren Mitglieder betreiben weitgehend nationale Interessenpolitik. 3. Die USA haben angesichts eines schwachen Russland und eines aufstrebenden China ihr Augenmerk auf Ost- und Südostasien gelenkt. Sie erwarten von den Europäern mehr Ordnungspolitik im alten Kontinent. In Europa bleibt die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation entstandene Amerika-Skepsis politisch wichtig.

Spaltung Europas

Die Situation kann sich aber ändern. Die USA könnten sich wegen des Ukraine-Konflikts wieder stärker für Europa interessieren. Die Entfremdung einzelner europäischer Mächte von den USA könnte sich fortsetzen, während sich mittel- und osteuropäische Staaten noch stärker an den USA orientieren, bei schwindendem Vertrauen in die EU. Das führte zur politischen Spaltung Europas.

Vor allem in Deutschland hat sich ein Grundverständnis entwickelt, wonach Europas Sicherheit nur mit und nicht gegen Russland aufgebaut werden könne. Die Rücksichtnahme auf Russland bedeutet keine Wiederkehr zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom September 1939. Aber das deutsche Verhalten erinnert insbesondere Polen und Balten an diese Zeit.

Die Angst der westintegrierten Osteuropäer vor russischer Aggression mag unbegründet sein. Aber Russland kann die Nachbarländer destabilisieren. Die EU vermag demgegenüber in Osteuropa nur die wirtschaftliche Karte zu spielen, und da in Brüssel geizige Pfeffersäcke herrschen, sticht die nicht immer. Die Absicht der Ukraine, sich dem Westen und der EU weiter anzunähern, erzeugte russischen Widerstand und führte zur Annexion der Krim sowie zum Bürgerkrieg in der Ostukraine. Das werden sich andere Nachbarn Russlands in mehrfacher Hinsicht merken: 1. Es ist gefährlich, Russland zu reizen. 2. Es wäre gerade deshalb gut, dem russischen Einflussbereich zu entfliehen – aber wie? Denn 3. kann man keinen Rückhalt vom Westen erwarten. Für Zentralasien bietet sich die Kooperation mit China an. Osteuropäer und Kaukasier aber haben keine Alternative.

Westintegrierte Mittel- und Osteuropäer wie

Polen werden sich stärker an die USA anbinden und versuchen, die Nato als Verteidigungsbündnis zu beleben. Der Ukraine-Konflikt hat die Beziehungen der Europäer untereinander verschlechtert. Die Sanktionen gegen Russland gehen vor allem auf amerikanischen Druck gegenüber Europa zurück, und man darf annehmen, dass die USA eine Destabilisierung der Ukraine oder deren Wiedereinbeziehung in den Einflussbereich Moskaus nicht hinnehmen. So wird wohl der Einsatz finanzpolitischer Mittel mittelfristig über den russischen Einflussbereich in Osteuropa entscheiden.

Langfristig könnte Moskaus Strategie weiter reichen und auf ein Auseinanderdividieren der USA und der Europäer sowie der Europäer untereinander zielen. Der Westen war auf das Szenario in der Ukraine nicht vorbereitet. Die «Nachricht» an die Osteuropäer und die andern war: «Russland ist nahe und jederzeit bereit zu handeln; die USA sind weit weg und werden wegen Kleinigkeiten wie der Krim keinen Krieg riskieren. Die Europäer sind ohnehin irrelevant.» So wird es wichtig sein, dass die mittel- und osteuropäischen Länder Vertrauen in die Nato als Verteidigungsbündnis haben.

Lehren aus dem Ukraine-Konflikt

Das geringere Interesse der USA an Europa und der Verlust an Vertrauen in die EU und sogar in die Nato wären Voraussetzungen für eine imperialistische Politik Russlands im grösseren Ausmass. Allerdings geht die Bedeutung Russlands längerfristig zurück: sinkende Bevölkerung, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft, veraltete Schwerindustrie, mangelnde Diversifizierung in Sektoren mit höherer Wertschöpfung. So bleibt ein Rohstoffexporteur von Öl und Gas, der von Weltmarktpreisen abhängt. Das ist keine Perspektive für eine Grossmachtspolitik. Eine Preisgabe des Baltikums oder gar Polens ist weder für die USA noch für die Westeuropäer akzeptabel, und Russland fehlen die Möglichkeiten dazu.

Die Schlussfolgerungen aus dem Ukraine-Konflikt sind: 1. Internationale Verpflichtungen sind wertlos. Im Budapester Memorandum von 1994 verpflichtete sich neben den USA und Grossbritannien auch Russland der Ukraine gegenüber als Gegenleistung für den Verzicht auf die dortigen sowjetischen Atomwaffen, ihre Grenzen zu garantieren. 2. Russland hat gezeigt, dass nationale Machtinteressen gewaltsam durchsetzbar sind. Wirtschaftssanktionen erfolgten erst nach dem Abschuss eines Passagierflugzeuges. 3. Der Traum, dass nationalistische Schachzüge bei uns nicht mehr möglich sind und die Politik von Rechtsstaatlichkeit getragen ist, muss hinterfragt werden.

Die Ereignisse in Osteuropa haben die geopolitische Situation kaum verändert. Dass die Krim

nun russisch ist, spielt weltpolitisch keine Rolle, zumal die Krim schon vorher russischer Flottenstützpunkt war. Die Abspaltung von Teilen der Ostukraine bringt lediglich regionale Spannungen. Der Brennpunkt der Weltpolitik ist Ostasien, wo Interessen der USA und Chinas aufeinandertreffen. Die gefährlichste Region bleibt allerdings der Mittlere Osten, wo die Konflikte die Aufmerksamkeit der Grossmächte erfordern. Europa wird auf längere Sicht das – vielleicht gütige – Schicksal einer weltpolitischen Randlage beschert sein.

.....
Erich Reiter ist Honorarprofessor für Internationale Beziehungen an der Universität Graz und Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik in Wien.